



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan

Einer der Gründe warum die Weimarer Republik zerbrach liegt auch im Versagen der damaligen Reichswehr. Schon beim Kapp-Putsch war sie nicht bereit, die gewählte Regierung zu verteidigen. Auch dem 1934 erfolgten Mord durch Hitlers Schergen an General Schleicher wurde tatenlos zugesehen. General Schleicher war zuvor der starke Mann in der Reichswehr. Sehen Sie das auch so?

Der Berufsoffizier Kurt von Schleicher (7.4.1882 - 30.6.1934), war während des Ersten Weltkrieges in wichtigen Stabsstellen innerhalb der Obersten Heeresleitung eingesetzt. Er entwickelte rasch ein Gespür für die Interdependenz von militärischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren. Als enger Vertrauter des Generalquartiermeisters Groener, fungierte Schleicher nach dem Zusammenbruch der Monarchie als Verbindungsmann zur provisorischen Regierung Ebert. Er setzte sich insbesondere für die Aufstellung von Freiwilligenverbänden ein und half so maßgeblich, das Überleben der sozialdemokratischen Regierung zu sichern.

Aufgrund seines Organisationstalentes und seines großen Verhandlungsgeschicks wurde er als politischer Referent in das Reichswehrministerium übernommen. Durch die wendige Art und Weise, in der er heikle politische Aufgaben bewältigte (wie etwa den vorsichtigen Vollzug des militärischen Ausnahmezustandes 1923/24), galt er dort bald als unersetzlich. Nach der Ernennung seines alten Mentors Groener zum Wehrminister wurde Schleicher 1929 Leiter des Ministeramts und hatte damit faktisch die Stellung eines Staatssekretärs erreicht.

Schleicher ging es um die Sicherstellung der Reichswehr als dem Machtfaktor in einem Staatsgebilde, das sich seiner republikanischen Orientierung (wie in der Weimarer Reichsverfassung fixiert) entkleiden sollte. Dies zielte auf die Entparlamentarisierung der deutschen Politik, der freilich durch die Parteien selbst in unterschiedlichem Maße Vorschub geleistet wurde. Als die Reichswehr in den letzten Jahren der Republik immer stärker zur eigentlichen Stütze der parlamentarisch nicht

mehr abgesicherten Präsidialkabinette wurde, fiel Schleicher eine Schlüsselrolle zu. Er nutzte seine Vertrauensstellung bei Hindenburg, um sich aktiv bei der Ernennung wie bei der Entlassung der Kanzler Brüning und Papen einzuschalten.

Das zentrale innenpolitische Problem sah Schleicher darin, die Basis der Regierung nach rechts auszuweiten, ohne dabei der rasch anwachsenden NSDAP eine Führungsrolle zu überlassen. Nachdem sich weder Brüning noch Papen dieser Aufgabenstellung gewachsen gezeigt hatten, trat Schleicher, der sich unter Papen bereits das Wehressort gesichert hatte, selbst als letzter Kanzler der Republik an. In den 57 Tagen seiner Kanzlerschaft bemühte er sich, ein Bündnis aus Gewerkschaften, Verbänden und dem „Strasser-Flügel“ der NSDAP zustande zu bringen, also die verfahrenere parteipolitische Konstellation durch eine „Querfront“ aufzubrechen. Gleichzeitig versuchte er, sich durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen das Image eines „sozialen Generals“ zu geben.

Am Schluss aber wurde Schleicher, der aufgrund seiner zahlreichen Kontakte zu unterschiedlichen Lagern mittlerweile als politischer Intrigant galt, selbst Opfer einer Konspiration: Hinter seinem Rücken konnten Hitler und Papen ihre Koalition vereinbaren, da das Kabinett Schleicher ohne parlamentarischen Rückhalt blieb.

Kurz in die historischen Details: Schleicher musste Anfang Januar 1933 nach den Protesten gegen die Margarineverordnung bei der nächsten Reichstagsitzung mit einem Misstrauensvotum rechnen. Jetzt wollte er denselben verfassungswidrigen Weg beschreiten, den er Papen noch mit dem „Planspiel Ott“ verbaut hatte. Unter strenger Geheimhaltung ließ Schleicher die Durchführung einer Serie von Notverordnungen für den „Staatsnotstand“ vorbereiten: Reichstagsauflösung ohne Neuwahl; Verhängung des Ausnahmezustandes und Übertragung der vollziehenden Gewalt auf die Reichswehr im Falle eines Generalstreiks; Streikverbot für den öffentlichen Dienst sowie für lebenswichtige Betriebe unter Androhung harter Strafen; Unterdrückung der Gewerkschaften; personell und materielle Verstärkung der „Technischen Nothilfe“. Auf diese Weise wollte RK

Schleicher bis etwa Ende 1933 diktatorisch regieren. Das heißt, bis die Wirtschaftskrise, und mit ihr der politische Extremismus, voraussichtlich abgeflaut sein würde.

Manche Historiker meinen, dies habe die letzte Chance der Weimarer Republik gegen Hitler bedeutet. In Anbetracht der antidemokratischen Ziele und Aktivitäten Schleichers ist dies freilich fraglich. Wie dem auch sei - es gelang Schleicher nicht, den Reichspräsidenten für seinen Staatsnotstandsplan zu gewinnen. Für den Fall einer Reichstagsauflösung ohne Neuwahlen drohten ihm Zentrum und NSDAP mit einer Anklage vor dem Staatsgerichtshof wegen Amtsmissbrauchs - dieses Risiko wollte Hindenburg nicht eingehen. Damit war der Kanzler am Ende seiner Möglichkeiten; am 28. Januar 1933 trat er zurück.

Der maßgebliche Urheber des Präsidialregimes scheiterte gewissermaßen an den von ihm selbst heraufbeschworenen politischen Verhältnissen. Am Tage seiner Entlassung stand der nächste Reichskanzler schon kurz vor seiner Ernennung: Adolf Hitler, der Schleicher - und Strasser - 1934 aus Rache ermorden ließ.

Schleicher war ein politischer Kopf; er ist damit gewissermaßen untypisch für die Großorganisation „Reichswehr“, die sich als Armee über dem Staat und jenseits der republikanischen Ordnung verstand. Schleicher hielt eine Mitwirkung der Reichswehr auch in außergewöhnlichen Situationen für notwendig, ja wünschenswert. Er folgte freilich nicht dem vermessenen Gedanken Seeckts, die Armee sei nicht nur Staat im Staate, sondern „der Staat selbst“.

Hätte die damalige Reichswehrführung nicht erkennen müssen, dass Hitler eine Diktatur anstrebte? Er hat doch vor dem Reichsgericht ganz offen erklärt: Wenn ich legal an die Macht gekommen bin, werde ich die Verfassung ändern und dann werden auch Köpfe rollen. Aber auch demokratische Parteien sind auf Hitler reingefallen.

Es gibt keine monokausale Erklärung für das Scheitern des erstmaligen Experiments in der deutschen Geschichte, die bewaffnete Macht organisch in die Verfassungsstaatlichkeit einer Republik und ihre Gesellschaft einzufügen.

In einer für Deutschland innenpolitisch wie wirtschaftlich schwierigen Zeit, zusätzlich belastet durch außenpolitische Probleme, die erst Mitte der 1920er Jahre durch eine Verständigungspolitik mit den Westmächten konstruktiv bewältigt wurden, trat eine Reihe sich wechselseitig bedingender Faktoren zusammen:

Hierzu zählten in erster Linie die sozio-psychologische Lage nach dem verlorenen Krieg, das monarchische Erbe als Beharrungsmoment, die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die institutionellen Schwächen und die mangelnde soziale Stabilität der Republik.

Außerdem kamen hinzu das Denken in den Kategorien eines wiedererstarkenden deutschen Machtstaates, das traditionsbedingte Verhalten des Offizier- und Unteroffizierkorps, die angestrebte Sachautonomie der militärischen Führung, die Schwäche der politischen Führungsinstanz bei der Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber der Reichswehr und das Fehlen eines der Republik angemessenen „Heeresbildes“ bei den staatstragenden Parteien sowie die weithin ausgeprägte antidemokratische, antiliberalen, ja z.T. auch militaristische Haltung großer Teile der deutschen Bevölkerung.

Zieht man außerdem die rüstungspolitischen Maßnahmen in Betracht, so lässt sich sagen: Die Truppe blieb ein „Staat in der Republik“, während innerhalb der Reichswehrführung viele Indizien dafür sprachen, dass einige verantwortliche Offiziere die künftige Landesverteidigung - unter dem Primat des Militärischen! - auf das ganze Volk und seine Wirtschaft ausdehnen wollten, um, sobald die Voraussetzungen dafür günstig zu sein schienen, einen „siegreichen“ Befreiungskrieg führen zu können.

Über erste Ansätze einer gemeinsam mit den Regierungen betriebenen Militär- und Rüstungspolitik sind die Befürworter des Konzeptes der „Industrialisierung des Krieges“ (Michael GEYER), so z.B. im Truppen- und Waffenamt, nicht wesentlich hinausgekommen. Dies kam übrigens in den steten Bedenken des Auswärtigen Amtes gegen jeden „Ausbau der Rüstungsvorbereitungen“ zum Ausdruck. Immerhin haben die Befürworter dieses Konzeptes bestimmte Voraussetzungen geschaffen, die später von der NS-Führung hemmungslos weiterentwickelt und zum Zwecke eines total geführten Expansions- und rassistischen Vernichtungskrieges pervertiert worden sind.

Dies alles zusammengenommen hat in viel höherem Maße die erforderliche Kogruenz von Heer und Staat in den Jahren von 1919 bis 1933 verhindert und damit das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt als die Handlungsweisen einzelner Gruppen oder Persönlichkeiten, wenngleich diese nicht zu gering einzuschätzen sind.

Verschiedentlich wird die Meinung vertreten, der Weimarer Staat sei am Ende noch zu retten gewesen, wenn er ein ihm „treu ergebenes Heer“ besessen hätte. Diese Behauptung ist und bleibt zu bezweifeln, denn für die Reichswehrführung stellte sich ein solches Problem gar nicht. Für sie war das Zusammenspiel zwischen dem Oberbefehlshaber, dem Reichskanzler und Reichswehrminister sowie die allgemeine Lage im Inneren maßgebend. Sie erwartete ihre Befehle vom Reichspräsidenten, die dieser aber nicht gab. Für das Duumvirat Groener - Schleicher, das zwar nicht ohne weiteres mit der Reichswehr gleichzusetzen war, galt der Primat der Politik. Von diesem sind die verantwortlichen Politiker in der Auseinandersetzung mit der NSDAP ausgegangen; und so gesehen gab es keine Veranlassung für die höheren Truppenführer, gegen die braunen Sturmtruppen vorzugehen.

Die Reichwehführung, befangen in den Vorstellungen von der Treue gegenüber einer abstrakten Staatsidee und den Symbolen der Vergangenheit, war für eine solche Entscheidungsstunde wie die im Jahre 1933 nicht vorbereitet und hat ebenso wie alle anderen Staatsorgane versagt. Im übrigen beruhte die Karriere Hitlers auf der Tatsache seiner permanenten Unterschätzung - in Deutschland selbst wie auch im Ausland.

Zum Untergang der Weimarer Republik hat auch die sogenannte Dolchstoßlegende beigetragen. Nur durch das Versagen der Heimatfront wurde der Krieg verloren, denn im Feld waren wir unbesiegt. Werden/wurden die Soldaten darüber aufgeklärt, dass der 1. Weltkrieg auch militärisch verloren war und General Ludendorff im September 1918 die Reichsregierung ultimativ aufgefordert hat, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, weil die Front nicht mehr zu halten sei?

Es erfolgte bei Kriegsende keine Aufklärung der Soldaten seitens der militärischen Führung.

Bei meinen vielen Besuchen in der Gedenkstätte in der Stauffenbergstraße mit jungen Leuten sehe ich öfter Angehörige der Bundeswehr, welche die Gedenkstätte besichtigen.

Das finde ich gut.

Wird diese Besichtigung zur Pflichtübung gemacht?

Die politische Bildung hat in der Bundeswehr einen unverändert hohen Stellenwert. Sowohl in Lehrgängen wie auch im täglichen Dienst in der Truppe führen Vorgesetzte unsere Soldaten an tagespolitische wie auch historische Themen heran. Die Beschäftigung mit dem Widerstand während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist ein zentraler Punkt der eigenen Standortbestimmung für junge Vorgesetzte in der Bundeswehr. Ich begrüße ausdrücklich die vielen Besuche junger Soldaten in der Gedenkstätte hier im Bendlerblock.

Sind Sie für die allgemeine Wehrpflicht oder würden Sie ein Berufsheer vorziehen?

Die Wehrpflicht ist unverändert Ausdruck der Beteiligung der Bürger an der Sicherheit ihres Landes. Unsere Wehrpflichtigen machen die Bundeswehr zu einer jungen, intelligenten Armee, die mit der Gesellschaft in einer engen Beziehung steht. Wir brauchen die Wehrpflichtigen für unsere Streitkräfte - auch in Zukunft.

Welche Erfahrungen haben Sie bisher mit weiblichen Angehörigen bei der Bundeswehr gemacht?

Soldatinnen leisten seit 1975 Dienst in den Streitkräften. Seit dem Jahr 2001 sind alle Laufbahnen, Teilstreitkräfte und Truppengattungen für Frauen geöffnet. Die Frauen sind leistungsbereit und nehmen Herausforderungen mit hohem Engagement an. Sie stehen „Ihre Frau“ ohne Wenn und Aber.

Nimmt die Zahl der Wehrdienstverweigerer ab oder zu?

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg in den letzten Jahren kontinuierlich auf rund 189.000 Anträge im Jahr 2002.

Die Bundeswehr wird in der Öffentlichkeit und auch von uns sehr positiv bewertet.

Was tun Sie, dass diese positive Bewertung erhalten bleibt?

Unsere Soldaten und Soldatinnen leisten in den Einsatzgebieten professionelle Arbeit mit hohem Engagement. Sie werden geachtet und ihr Einsatz wird geschätzt. Im Inland war und ist die Bundeswehr immer zur Stelle, wenn es notwendig und gewünscht war - sei es beim Jahrhunderthochwasser im letzten Jahr oder bei Unglücken.

Ich glaube, die Leistungen unserer Bundeswehr mit den Soldaten und zivilen Mitarbeitern sprechen für sich - und die Bürger unseres Landes anerkennen dies.

Welche Aufgabe hat der Generalinspekteur der Bundeswehr?

Der Generalinspekteur der Bundeswehr ist als ranghöchster Soldat der Bundeswehr militärischer Berater des Bundesministers der Verteidigung, des Bundeskanzlers und der Bundesregierung. Weiterhin ist er dem Verteidigungsminister für die Bundeswehrplanung (Struktur, Ausrüstung und Grundsätze der Führung und Ausbildung) verantwortlich. Hierzu untersteht ihm das Einsatzführungskommando der Bundeswehr, das die Einsätze führt.

Das Interview mit General Schneiderhan führte Hans Bonkas.

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,
Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig-Nold, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes:
Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Eine Reise zum Nachdenken

Als Jugendsprecher des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold habe ich jetzt einige der Seminarfahrten mit Auszubildenden und Schülern nach Berlin unternommen. Als Betriebsrat und engagiertes Gewerkschaftsjugendmitglied merke ich Tag für Tag, wie schwer es ist mit Jugendlichen über Politik ins Gespräch zu kommen. Die Form mit der etablierte Parteien an die Jugendlichen mit Inhalten herantreten erweist sich als unzureichend, da wir nur einen geringen Prozentsatz an politisch engagierten oder interessierten Jugendlichen in unserer Gesellschaft vorweisen können.

Umso mehr freut es mich, dass die Jugendlichen am Ende unserer Seminarfahrt nach Berlin sehr oft die Aussage machen, dass sie nachdenklich darüber sind, dass sie sich bisher für Politik nicht interessierten. Die Mischung aus der Aufarbeitung deutscher Geschichte mit Inhalten und Referenten über die aktuelle Politik haben wir als einen optimalen „Augenöffner“ kennengelernt.

Die jungen Menschen werden einerseits damit konfrontiert, welche fatalen Folgen eine falsche Politik bzw. das Desinteresse haben kann. Andererseits erkennen sie bei

den von uns arrangierten Treffen mit Spitzenpolitikern wie Bundeskanzler Schröder, Fanz Müntefering oder Klaus Wowereit die Menschen und deren harte Arbeit kennen. Sie entwickeln ein Gefühl dafür, dass die Medien die Inhalte und Persönlichkeiten nur verzerrt oder unzureichend vermitteln können und dass es eigenes Engagement bedarf, um die komplexen politischen Zusammenhänge zu verstehen. Auch hier bietet die deutsche Geschichte mit ihren Widerstandskämpfern einen Orientierungspunkt, da diese Menschen überwiegend durch ihre kritische Haltung und Interesse an den politischen Gesamtzusammenhängen herausragten.

Besonders freut uns, dass es einige Jugendliche gibt, die aufgrund der neuen Erkenntnisse durch die Berlinfahrt aktiv in die Politik einsteigen. Belegt wird uns das durch Neueintritte der jungen Menschen in das Reichsbanner, durch verstärktes ehrenamtliches Engagement in den Betrieben und Schulen. Sicher findet der eine oder andere auch den Weg in die demokratischen politischen Parteien. Dadurch wird das Reichsbanner auch gegenwärtig seiner Kernaufgabe weiter gerecht: Die Demokratie zu verteidigen und zu stärken.

Peter Hüttl

Res Publica! Oh Republik!

Andreas Züll für „Das Reichsbanner“

„Da helfen wahre Demokraten. - Ihr nicht!“

Kurt Tucholsky

Neuerdings nimmt unsere gemeinhin als „westlich“ betitelte Welt sich wieder einem eigentlich schon vergessenen Schlachtruf an. Wie eine sanftmütige Erinnerung an bessere Zeiten säuselt er um unsere Köpfe, beircet den Mittelstand und das Kleinbürgertum, während sich die großeuropäische Clique, die sich Volksvertreter nennt, schamlos dahinter versteckt und allen Schmutz erzchristlich rein wäscht, jeden ehrlichen Dämon exorziert. „Sprecht nur ein Wort, so wird unsere Seele gesund“. beten vertrauensvoll die Völker, deren Ungewissheit sie in offene Arme treibt.

Und aus allen Ecken, Enden und (westlich gelegenen) Himmelsrichtungen braust ihnen ein Ruf wie Donnerhall entgegen: Demokratie! Demokratie! Licht- und wahrheitsscheues Gesindel drängt ans grelle Flutlicht der Öffentlichkeit, zwielfichtige Gestalten sonnen sich darin, räkeln im schöngefärbten Schimmer feist ihr glänzend kokainbepinselt Gesicht, das das Establishment einem hohlen Nadelstreifenanzug aufgenäht hat.

Alle, alle nehmen sie das hehre Wort in den Mund. Wie die Kleinkinder kauen sie mit faulen Zähnen auf ihm herum, zerbeißen es bis zur Unkenntlichkeit und spucken den Brei der Menge in die leuchtenden Augen.

Geblendet folgen die Menschen, springen über die Klippen der eigenen Gesellschaft. Erst der freie Fall weht allen Schmutz aus ihren Lidern, lassen sie erkennen, wem sie da auf den Leim gegangen sind. Doch wer könnte sie jetzt noch auffangen? Die Rufe, die hinter ihnen herpreschen, sie noch im Sturz umschwirren?

„Demokratie!“ spucken die Kriegstreiber ihnen nach, über den großen Teich, „Demokratie!“ spuckt das alte Europa zurück. „Demokratie! Demokratie!“ brüllen die Rechten im Takt ihres Stechschrittes, wird die Losung in den Kartellen ausgegeben, predigen selbsternannte Propheten von der Kanzel. Demokratie! Und Menschenrecht!

Von den noch so unmöglichsten Seiten stürzt es auf uns herab. Tausende Flutwellen reißen die Völker mit, schwemmen die Grundfesten unserer Wirtschaft auf, tragen sie ab und spülen sie in den Atlantik, während *Sex and Crime* und kränklicher Luxus alle Säulen ersetzen und die Sinne vernebeln sollen. Brot und Spiele halten Volk und Machtadel auf den Rängen der Arena bei Laune, hexen ihnen ein stupides Lächeln in die schmalen Mundwinkel, bis auch sie fortgespült werden. Und da schwimmen sie nun! All die kleinen Politiker, die Funktionäre, die gesamte Unterhaltungsindustrie! Die Leichtgläubigen, die Mitläufer, die Ewiggestrigen. Und die Unschuldigen, zu Unzähligen reißen die Fluten sie mit. Wer

denkt im Inferno noch daran, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen? Wer hätte dazu Zeit?

Welche Hoffnung gibt es noch?

Da! Ein kleines Kind steht am Ufer und sieht den Wellen nach. Verwundert reibt es sich die Augen, zupft am Ärmel der Europa und flüstert: „Mama, Demokratie, was ist das?“

„Wehrhafte Demokratie“?!

Auch einer Mehrheit in einer Demokratie ist nicht alles erlaubt. Sie muss Grundrechte der Menschen schützen und respektieren. Auch und gerade eine Mehrheit kann tyrannisch entscheiden und regieren (die Geschichte liefert Beweise).

Dieser Gefahr tritt in einer parlamentarisch-liberalen Demokratie der rechtlich garantierte Schutz des Individuums und der Minderheiten entgegen. Der Schutz von Andersdenkenden, von Minderheiten ist Voraussetzung für Kritik und damit für Veränderungen und Fortschritt. Er bewahrt für eine Minderheit die Chance, eines Tages zur Mehrheit zu werden. Mehrheit und Wahrheit fallen in der Politik (wie die Gesellschaft zeigt) nicht immer zusammen. Die Begriffe wahr und falsch taugen meiner Meinung nach ohnehin nicht für die Politik. Es gibt keine wahre und falsche, sondern nur eine bessere oder schlechtere Politik.

Es gibt (es sollte ihn nicht geben) keinen richtigen oder falschen Demokratiebegriff. Der Streit darüber ist sinnlos, er kann zu keinem Ergebnis führen. Diese Einsichten allein genügen aber nicht, es müssen der liberalen, parlamentarischen Demokratie gemäße Einstellungen und Verhaltensweisen hinzukommen.

Das Funktionieren und Überleben der Demokratie hängt vom Wissen und Willen ihrer Bürger ab. (Es ist doch kein Zufall, dass über zwei Drittel der Staaten in der Welt auf nichtdemokratische Weise regiert werden.)

Unsere Verfassung ist ein Gesetz, sie zeigt aber auch, in welcher „Verfassung“ sich ein Volk, ein Staat, eben eine Gesellschaft befindet.

Resumée all dieser Überlegungen: Die parlamentarische Demokratie kann nur so wehrhaft sein und Bestand haben, wie sie von den Menschen, dem „Mann auf der

Straße“, eben dem Wähler gewünscht, gefordert und verteidigt wird. Die Freiheit des Menschen, die Sicherstellung der Versorgung der Menschen mit allen wichtigen Gütern (u.a. Arbeitsplätze, Wohnungen) sind Voraussetzungen für den leider schon überstrapazierten Begriff des sozialen Friedens. Dies alles soll nun eine abstrakte Größe, nämlich „die Gesellschaft“, tun. Denken, handeln, entscheiden können aber fast immer nur einzelne, nie die „Gesellschaft“.

Der Zustand des politischen Systems und der Demokratie sind labil. Um aktuell zu bleiben: Besonders zur Zeit verbirgt oder versteckt diese Demokratie teilweise eine kaum noch zu kontrollierende Macht. In einer Mischung aus Überforderung, Unsicherheit und Restauration driftet die Gesellschaft nach rechts.

Ich verstehe die Hauptaufgabe des Reichsbanners nicht im Moderieren z.B. zwischen links und rechts oder beim Aufarbeiten der Geschichte, sondern darin, ganz klar die Fakten des sogenannten Istzustandes (verbunden mit einem objektiven historischen Rückblick) aufzuzeigen und entsprechend unserem politischen Verständnis eindeutig Position zu beziehen. Wehrhafte Demokratie kann doch nicht nur eine physische Perspektive im Sinne von Militanz haben. Wehrhaftigkeit ist eine Frage von sozialer Sicherheit, Demokratie und Gerechtigkeit (mit all ihren Facetten wie Umwelt, Kriminalität, Gerichtsbarkeit).

Noch eine Bemerkung zur Gesetzes- und Rechtslage der parlamentarischen Demokratie: Weimar ist nicht am Mangel von Strafbestimmungen zu Grunde gegangen, sondern am Mangel von Menschen, die bereit waren, sich für die parlamentarische Demokratie einzusetzen.

Hans Brück
Landesvorsitzender Hessen

Briefe

Nach unserem letzten Seminar in Berlin mit 70 Schülern und Schülerinnen der Gymnasien aus Dillenburg, Wetzlar und Butzbach haben wir von den Teilnehmerinnen zahlreiche anerkennende Zuschriften erhalten. Stellvertretend für die vielen Zuschriften nachstehend die Zuschrift der Studiendirektorin der Weidigschule in Butzbach:

Mit Zeitzeugen in Berlin auf den Spuren deutscher Geschichte

Sehr geehrter Herr Bonkas,

nach dem überaus erfolgreichen Abschluss des Seminars der Leistungskurse Geschichte der Jahrgangsstufe 12 der Weidigschule zum Thema „Mit Zeitzeugen in Berlin auf den Spuren deutscher Geschichte“ möchte ich mich im Namen der Schülerinnen und Schüler und der begleitenden Lehrer für Ihr Engagement sehr herzlich bedanken.

Wenn Lehrer und Schüler nach der Veranstaltung sagen, die vier Tage hätten ihnen „mehr gebracht als ein Jahr Geschichtsunterricht“, dann spricht das sehr deutlich für die hervorragende inhaltliche Gestaltung des Seminars. Die Kombination eines Seminars des August-Bebel-

Institut mit seinen sehr engagierten Mitarbeitern mit den begleitenden Zeitzeugen des Reichsbanners und den Vor- und Nachbereitungen im Geschichtsunterricht verspricht eine sehr ungewöhnliche Nachhaltigkeit der von den Schülerinnen und Schülern erarbeiteten Sachkenntnisse. Besonders beeindruckt hatten mich die durch Betroffene selbst durchgeführte Führung in Hohenschönhausen.

Die Begegnungen mit "politischen Größen" haben einen besonderen Eindruck gemacht, da die Schüler diese sonst nur aus dem Fernsehen kennen. Der Termin mit Herrn Koschnick und Herrn Vogel und insbesondere mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit hat unseren Schülerinnen und Schülern gezeigt, welche aktuellen Probleme gerade auch aus den historischen Zusammenhängen heraus derzeit für die Bundeshaupt-

stadt Berlin existieren. Es war ein hervorragender Einblick in das aktuelle politische Zeitgeschehen.

Es ist sehr erfreulich, Schülerinnen und Schüler mit einem so „hochkarätigen“ Seminarprogramm aus der „politischen Lethargie“ zu reißen. Ich bin mir sicher, dass das Seminar seine Spuren in den Köpfen junger Menschen hinterlassen hat.

Wir danken Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz und hoffen, dass Sie auch in Zukunft weiterhin Ihr Anliegen verfolgen können, immer wieder darzustellen, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern, dass jeder Bürger die Pflicht hat, sich für das Fortbestehen der Demokratie einzusetzen.

Vielen Dank!

Schwarz-Rot-Gold - die Farben unseres Reichsbanners sind auch die Farben der Bundesrepublik Deutschland Das Deutschlandlied und seine Dichter

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt - so quollen dem „zweiten Walther von der Vogelweide“ die Worte aus tiefbewegter Brust, als er sich auf dem Nordsee-Eiland ganz seinem Empfinden überließ, nicht ahnend, dass sein Lied einmal so umstritten und so oft missdeutet werden würde. Es ist ein bleibendes Verdienst des Reichspräsidenten, diesen schwarz-rot-goldenen Sang Hoffmanns von Fallersleben den reaktionären Nationalisten entrissen zu haben. Welche Verkenning Hoffmann'schen Geistes ist es, in dem Deutschlandliede imperialistische oder gar monarchistische Einstellung zu erblicken! Deutsche Einheit und Freiheit war Hoffmanns Wunschziel. Darum bleibt sein Lied der Sang der deutschen Einheit, so wie die Farben Schwarz-Rot-Gold immer das Sinnbild deutscher Einheit sein werden. Wie ein Hohn auf den Dichter mutete es an, als am 50. Todestage Hoffmanns, sein Grab unter anderem einen Kranz mit schwarz-weiss-roter Schleife aufwies.

Über die Entstehung des Liedes finden wir in den umfangreichen Lebenserinnerungen Hoffmanns genaue Angaben. Er besuchte im Sommer 1841 wie schon oft die Seebäder des damaligen englischen Helgoland. „Wenn ich dann so wandelte, einsam auf der Klippe, nichts als Meer und Himmel um mich sah, da ward mir so eigen zumute - ich musste dichten, und wenn ich es auch nicht gewollt hätte. So entstand am 26. August das Lied: Deutschland, Deutschland über alles“. Ein echtes Kunstwerk ist also unser Nationallied; erinnert doch seine Entstehung an die Goethe'schen Gedichte, von denen der Weimarer Dichtervater im hohen Alter berichtet: „Ich hatte vorher durchaus keine Eindrücke und keine

Ahnung; sondern sie kamen plötzlich über mich und wollten augenblicklich gemacht sein, so dass ich sie auf der Stelle instinktmäßig und traumartig niederschreiben mich getrieben fühlte“ Den hohen Wert der Hoffmann'schen Dichtung fühlte Julius Campe, sein getreuer Verleger, augenblicklich. Am 26. August las ihm Hoffmann die Strophen vor, nicht ohne vorher bemerkt zu haben, dass das Gedicht 4 Louis'or koste. Noch ehe Hoffmann zu Ende gelesen hatte, lagen die 4 Goldstücke auf seiner Brieftasche, und schon am 4. September brachte Campe dem Dichter das Lied gedruckt mit den Noten der Haydn'schen Weise und mit Hoffmanns Bildnis, gezeichnet von D.A. Lill. Langsam nur wuchs die Beliebtheit des kernigen Sanges; erst die spätere nationalstaatliche Entwicklung führte zur vollen Wertschätzung. Im August 1870 ließ Theodor Ebeling, ein Hamburger Freund des Dichters, das Lied neu drucken, das er als deutsche Nationalhymne erkannte. Hoffmann schrieb am 18. August an Ebeling: „Da Sie nun einmal „Deutschland, Deutschland über alles“ drucken lassen, so könnten Sie wohl als Einleitung meine Oratio pro domo beifügen. Dass ich auch an mich denke, werden Sie verzeihlich finden; denn mein Einziges, meine Sonne, ist und bleibt mein Vaterland“.

Nicht Goethe, nicht Schiller hätten dieses Lied schreiben können. Es passte weder in das kleinfürstliche Weimar von 1800, noch wäre bei der Zerrissenheit des politischen Bewußtseins jener Entwicklungsstufe seine Entstehung damals möglich gewesen. Erst nach den Freiheitskriegen gewann das Nationalgefühl an Boden, nicht zuletzt dadurch, dass Wissenschaft und Kunst sich

immer mehr vaterländischen Vorwürfen zuwendeten.

Vorkämpfer deutscher Einheit und Freiheit unter „Schwarz-Rot-Gold“:

Ernst Moritz Arndt: „Das ganze Deutschland soll es sein“. Arndt wurde wegen seines Eintretens für Deutschlands Einheit 1819 verhaftet und seines Amtes enthoben.

Hoffmann von Fallersleben: „Einigkeit und Recht und Freiheit!“

Ferdinand Freiligrath: „Die Freiheit ist die Republik, und abermals die Republik! Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden flackert die Flamme“.

Turnvater Jahn: „Mein Schild führt die Farben schwarz-rot-gold und darin steht geschrieben: „Einheit, Freiheit, Vaterland“. (Rede im Frankfurter Parlament 1894).

Fahnenpruch der Lützower 1813: „Schwarz, wie die Nacht der Knechtschaft, die wir abschütteln wollen“, „Rot, wie das Blut, das der Kampf kosten wird“, „golden, wie die Freiheitssonne, die dem Vaterlande aufgehen soll“.

Die deutsche Flagge: „In Kümmeris und Dunkelheit, da mussten wir sie bergen! Nun haben wir sie doch befreit, - befreit aus ihren Särgen; Ei, wie sie blitzt und rauscht und rollt! Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold!“ (Ferdinand Freiligrath 1848).

Friedrich Schiller: „Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupte seiner Fürsten. Abgesehen von einem politischen, hat der Deutsche sich einen eigenen Weg gegründet. Und wenn auch das Imperium unterginge, so bleibt die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine stattliche Größe; sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, die von ihrem politischen Schicksal unabhängig ist“.

Hans Bonkas

**Mitglied werden!
Reichsbanner-Zeitung
bestellen!**

Bitte die ausgefüllten Formulare an:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund Aktiver Demokraten e.V.
Postfach 10 18 44
60018 Frankfurt am Main

AUFNAHME - ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats-/Jahres-Beitrag nach Selbsteinschätzung - mindestens 3,00 EURO monatlich -

EURO monatlich/jährlich

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den
(In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name:

Vorname:

Beruf/Stand:

geboren am: in

Anschrift
(Straße)

PLZ-Ort:

Telefon:

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit: in

politisch, rassisch, religiös Verfolgter? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch:

.....
(Eigenhändige Unterschrift)

1. Vorstand zum Beschluß;
2. Nachricht an Antragsteller
3. Nachricht an Schatzmeister

Betrifft: Zeitschrift „Das Reichsbanner“
Bitte schicken Sie die Zeitung
an mich/uns ab Heft
zum Jahresbezugspreis von 6,- Euro
zuzüglich Versandkosten
und unverbindlich ab Heft auch an:
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____



***Das ideale Zentrum Europas:
immer in Bewegung.***

Auftrieb für eine ganze Region

Die Experten sind sich einig: Dank seiner günstigen Lage und einer überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft gehört das Rhein-Main-Gebiet zu den führenden Zentren Europas. Denn wo sich Menschen aus aller Welt begegnen, finden internationale Unternehmen und Messen ebenso optimale Bedingungen wie die Europäische Zentralbank. Und weil die Wachstumsbranchen der Zukunft auf Mobilität und Weltoffenheit angewiesen sind, wird der Flughafen Frankfurt auch künftig seine wichtige Funktion ausüben: als Motor einer dynamischen Region.

Online: www.ausbau.flughafen-frankfurt.com